

„Wir alle sind Bern“

Eine Bewegung von und für Stadtbürger_innen
(Stand vom 14. November 2016)



Wer sind wir?

„Wir alle sind Bern“ ist eine wachsendes Netzwerk von migrationspolitischen Organisationen und Individuen, die sich unter dem Schirm einer Stadtbürger_innenschaft (Urban Citizenship) versammeln. Seit der sog. Masseneinwanderungsinitiative (2014), dem langen Sommer der Migration 2015 und der Mobilisierung gegen die Durchsetzungsinitiative (2016) ist etwas in Bewegung geraten. **Immer mehr Menschen wollen eine Veränderung!**

Was ist Urban Citizenship?

Während auf nationaler Ebene eine migrationspolitische Transformation blockiert ist – ja Asyl, Ausländer-, sowie Bürgerrechtsgesetzgebung sogar verschärft werden –, bieten Städte andere Bedingungen. Seit jeher sind sie Orte der Migration, der Auseinandersetzung und der Transformation. Als Wirtschaftsmotoren benötigen sie Migration, als Schmelztiegel bieten sie kosmopolitische Begegnungen, als öffentliche politische Räume leben sie von Vielfalt. „Urban Citizenship“ fordert dieses Versprechen der Stadt ein.

In vielen europäischen und nordamerikanischen Städten erleben wir täglich die Krise des Prinzips nationaler Zugehörigkeit – aber auch Alternativen: Toronto etwa hat sich zu einer „sanctuary city“ erklärt, schützt undokumentierte Bewohner_innen vor Ausschaffung und bietet ihnen den Zugang zu Recht und öffentlichen Dienstleistungen. In New York gelten alle Bewohner_innen dank der NY ID als Bürger_innen und haben dadurch Zugang zu diversen Ressourcen und Rechten. An der Silent University in Hamburg kämpfen Sans-Papiers, Asylsuchende und Aktivist_innen für ihr Recht auf Stadt. Auch in der Schweiz fordern immer wieder Menschen mehr Rechte und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle und sprengen dabei die alte Logik nationaler Grenzen. In Zürich bildete sich die Plattform „Wir alle sind Zürich“ als Kollaboration von Sans-Papiers-Anlaufstellen, Kirchen, Gewerkschaften und weiteren aktivistischen Kreisen. **Auch in Bern gilt: nur zusammen sind wir stark. Denn „Wir alle sind Bern“.**

Urban Citizenship in Bern

In Bern sind Migrant_innen und ihre Nachkommen, Sans-Papiers, Asylsuchende, Second@s oder People of Color bei der Mitgestaltung des öffentlichen Raumes eingeschränkt – oder gar davon ausgeschlossen. 25 Prozent der Stadtbevölkerung haben keine Wahl- und Stimmrechte. Geflüchtete erfahren Isolation in Durchgangszentren. Sans-Papiers haben Angst vor Ausschaffung, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Zahlreiche Hürden bei der rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe sind die Folge. In diesem Kontext ist eine selbstbewusste und kritische Mitgestaltung eines „weissen“ öffentlichen Raumes, etwa die explizite Kritik an Rassismus, kaum möglich, wie zum Beispiel die „Berner Mohrendebatte“ zeigt. Viele Organisationen, Aktivist_innen von nah und fern sowie solidarische Mitbürger_innen leisten wertvolle Arbeit gegen strukturellen Rassismus und für eine Verbesserung migrantischen Lebens. Spardruck, neoliberale Technokratie und zunehmende Individualisierung verhindern jedoch oft Vernetzung, das Teilen von Ressourcen und das Entwickeln neuer Utopien.

„Wir alle sind Bern“ strebt eine ausserparlamentarische Bewegung an, die sich dem rassistischen Migrationsregime pragmatisch und radikal, schlau und weitsichtig entgegenstellt und eine gerechte, postmigrantische Gegenkultur entwickelt. „Wir alle sind Bern“ anerkennt Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Tatsache. Wir suchen nach Wegen, dieser Realität in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen. „Urban Citizenship“ bietet dabei eine vielversprechende Perspektive auf die Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer Gesellschaft: **Nicht Herkunft soll im Zentrum stehen, sondern die gemeinsame Zukunft!**

GRUNDSÄTZE

Recht auf Rechte

Das Recht auf Rechte ist die Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte. Das forderte Hannah Arendt nach der Tragödie des Holocausts und angesichts der Millionen von Staatenlosen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Anerkennung von Rechten muss die künstliche Grenzziehung zwischen Menschen- und Bürgerrechten überwinden. Isolation in Durchgangszentren, (Angst vor) Ausschaffungen, Racial Profiling oder Rayonverbote sind Alltag für viele. **Recht auf Rechte bedeutet Aufenthalts- und Bewegungsfreiheit für alle in Bern.**

Recht auf Teilhabe

Das Recht auf politische, soziale und ökonomische Teilhabe ist kein Privileg, sondern ein demokratischer Mindeststandard. Der Ausschluss eines grossen Teils der Bevölkerung vom politischen Prozess offenbart deutlich die Grenzen repräsentativer – und für den Schweizer Fall teildirekter – Demokratien. Die Frage gesellschaftlicher Teilhabe muss aber auch vor dem Hintergrund der neoliberalen Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates und starker, sozial höchst differenzierter Ausgrenzungsprozesse diskutiert werden. Ziel ist es Strukturen zu schaffen, die allen eine aktive Teilnahme am gesellschaftspolitischen Leben ermöglichen und Zugang zu sozialen Dienstleistungen und städtischer Infrastruktur gewähren – ungeachtet von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Einkommen. **Recht auf Teilhabe heisst Diskriminierungsfreiheit für alle in Bern.**

(Migrantisches) Recht auf Stadt

„Stadtluft macht frei“ hiess es im Mittelalter. „Recht auf Stadt“ fordert eine transurbane Bewegung, die seit der Jahrtausendwende erstarkt ist. Das Versprechen der Stadt erfordert in der postmigrantischen Gesellschaft eine rassismuskritische und feministische Repräsentationspolitik. Zurzeit sind grosse Teile der Bevölkerung – namentlich People of Color, Asylsuchende, Sans-Papiers und Second@s – auf je unterschiedliche Weise in der medialen und kulturellen Gestaltung der Öffentlichkeit eingeschränkt. Um eine vielfältige Öffentlichkeit zu schaffen, braucht es eine explizite Kritik an Rassismus und Sexismus sowie eine selbstbewusste Mitgestaltung des „weissen“ öffentlichen Raumes. Ausgehend vom Lebensmittelpunkt sollen alle Bürger_innen von Bern den öffentlichen Raum beanspruchen und damit unsere Stadt aktiv mitgestalten können. **(Migrantisches) Recht auf Stadt ist Gestaltungsfreiheit für alle in Bern.**